



Ein gemeinsames Projekt der  
Luzerner Landzeitungen

# «Es könnte auch uns treffen»

**SICHERHEIT** Im Dezember gibt Andrea Gmür (Die Mitte) turnusgemäss nach zwei Jahren das Amt als Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates ab. Mit dem WB spricht sie über die aktuellen Krisenherde, über die NATO, aber auch über unsere Neutralität oder das Kampfjet-Desaster.

von Ernesto Piazza

**Andrea Gmür, wo lagen in der Zeit als Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission ihre wichtigsten und intensivsten Dossiers?**

Die grösste Herausforderung ist immer noch die internationale Lage, damit verbunden die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und unserer Bevölkerung.

**Können Sie das präzisieren?**

Da ist der seit dem 24. Februar 2022 dauernde russische Angriffskrieg in der Ukraine. Es gibt Gewaltherde und Konflikte im Gazastreifen, in Syrien, im Iran etc., Drohnenangriffe erreichen neuerdings auch Polen. Weiter stellt sich die Frage der Verlässlichkeit der USA als NATO-Bündnispartner. Eine grosse Herausforderung für das Parlament ist und bleibt das Bereitstellen von finanziellen Mitteln für die Verteidigung, für die innere und äussere Sicherheit.

**In der jüngeren Vergangenheit wurde für die Armee aber mehr Geld gesprochen.**

Wir haben zwar etwas mehr erreicht, aber das ist noch lange nicht genug. Mir macht es manchmal Angst, wenn ich sehe, wie sorglos man in der Schweiz mit der aktuellen Situation umgeht. Es könnte auch uns treffen. Wir sind keine Insel der Glückseligen.

**Die NATO-Staaten bereiten sich auf einen Krieg vor. Vor allem Deutschland investiert viele Milliarden für seine «Kriegstüchtigkeit» ...**

Bei den NATO-Staaten sprach man ursprünglich von zwei Prozent des BIP, die in die Verteidigung fliessen sollen. 2025 will man dieses Ziel erreicht haben. Jetzt ist die Rede aber schon von fünf Prozent. Und man geht davon aus, dass Putin seinen Angriffskrieg bereits 2027 gegen Westen erweitern könnte. Derweil wir in unserem Land debattieren, ob wir uns unsere eigene Sicherheit überhaupt leisten können.

**Wobei wir bei den Ausgaben immer die Schuldenbremse berücksichtigen müssen.**

Natürlich. Allerdings hat hier die Sicherheit für mich absolute Priorität. Werden wir eines Tages angegriffen, nützt uns eine volle Kasse nichts. Unsere Soldatinnen und Soldaten sollen aber nicht nur ausgebildet, sondern auch entsprechend ausgerüstet werden. Alles andere wäre fahrlässig und nicht zu verantworten.

**Wo steht die Schweiz bezüglich Investitionen in die Verteidigung?**

2022 haben National- und Ständerat zwei identische Motionen verabschiedet mit dem Ziel, bis ins Jahr 2030 ein Prozent des BIP für Sicherheit auszugeben. Der Bundesrat fand, ein Prozent des BIP bis 2035 würde reichen. An der letzten Budgetberatung vom Dezember

beschloss die Mehrheit des Parlamentes nun dieses eine Prozent bis 2032. In Anbetracht der Gefährlichkeit der internationalen Lage finde ich das alles andere als ausreichend.

**Mit dem Ukraine-Krieg sind auch die Diskussionen über die «Neutralität» wieder aufgeflammt. Wie beurteilen Sie diesen Aspekt?**

Unsere Neutralität soll im Dienst des Völkerrechts, der Rechtsstaatlichkeit und der Solidarität stehen. Neutralität

*«Putin könnte seinen Krieg 2027 gegen den Westen erweitern.»*

hat nichts mit Vogel-Strauss-Politik zu tun. Wir müssen auch aufpassen, dass wir die engen Fesseln, die wir uns zum Beispiel mit dem Kriegsmaterialgesetz selbst auferlegt haben, wieder lösen können. Wir müssen international wieder ein verlässlicher Partner werden.

**Wie weit geht für Sie die Neutralität der Schweiz?**

Wir haben im Ukraine-Krieg die Sanktionen so weit übernommen, wie wir sie mit Blick auf unsere Neutralität übernehmen durften. Hätten wir gar nichts gemacht, hätten wir indirekt Russland unterstützt. Illegale Geschäfte hätten beispielsweise perfekt über die Schweiz laufen können. Wir wären nicht neutral gewesen und hätten ganz klar den Aggressor unterstützt.

**Laut Bundesverfassung treffen Bundesrat und Bundesversammlung Massnahmen zur Wahrung der Schweizer Neutralität. Heisst das, man hat Handlungsspielraum?**

Ja, in der Verfassung ist die Neutralität zwar in zwei Artikeln erwähnt, aber nicht definiert. Die Neutralität haben wir immer wieder an verschiedene Situationen angepasst und sie als Mittel gebraucht, um die eigene staatliche Existenz und Sicherheit zu gewährleisten.

**Die Schweiz ist ein Land, das sich gerade wegen der Neutralität stets für die internationale Diplomatie aufdrängt. Diesen Nimbus scheint sie etwas zu verlieren.**

Das glaube ich nicht. Wir waren das erste Land, welches aufgrund des Ukraine-Krieges eine internationale Konferenz in Lugano einberief. Zudem veranstalteten wir auf dem Bürgenstock eine Friedenskonferenz.

**Wobei der Bürgenstock-Anlass sehr darunter litt, dass der Hauptprotagonist, nämlich Russland, nicht mit am Tisch sass.**

Russland hat sich zum vornherein mehrfach negativ dazu geäussert und gesagt, dass sie nicht kommen. Das gilt es zu akzeptieren. Trotzdem waren rund 90 Staatschefs auf dem Bürgenstock. Das Treffen war ein Erfolg und wurde international sehr geschätzt. Der französische Präsident Macron hat überdies Genf ins Spiel gebracht für ein Treffen zwischen Putin und Selenskyj.

**In Zeiten, wie wir sie aktuell erleben, poppt das Thema NATO wieder vermehrt auf. Wie sehen Sie dieses Bündnis mit Blick auf die Schweiz?**

Ich bin froh, dass ein solches Verteidigungsbündnis existiert. In meiner Funktion als Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates bin ich bei der parlamentarischen Versammlung der NATO als Vertreterin der Schweiz ohne Stimmrecht dabei. Und ich muss sagen: Die Tonalität hat sich verändert.

**Inwiefern?**

Zuerst genoss die Ukraine die 100-prozentige Unterstützung. Seit US-Präsident Trump im Amt ist, spricht man kaum mehr von der Ukraine. Die Devise lautet nun: Jedes Land muss selbst mehr in seine eigene Sicherheit investieren.

**Wie beurteilen Sie unter diesem Gesichtspunkt Kooperationen mit der NATO?**

Als neutrales Land können wir nicht NATO-Mitglied werden. Das ist auch nicht das Ziel der Schweiz. Aber wir wollen eng mit ihr kooperieren, zum

Beispiel mit der Teilnahme an gemeinsamen Übungen, gerade mit Blick auf die Ukraine, bei der Ausbildung etc.

**Jetzt ist es auch so, dass die 36 F-35-Kampffets bis zu 1,3 Milliarden Franken teurer werden sollen. Bei diesem Debakel kommt Ex-Bundesrätin Viola Amherd (Mitte) als ehemalige VBS-Vorsteherin nicht gut weg. Teilen Sie diese Einschätzung?**

Was sich die USA hier leisten, finde ich unsäglich. Das Geschäft war eingehend

*«F-35: Was sich die USA hier leisten, ist unsäglich.»*

geprüft worden. Es lagen zwei Gutachten vor, eines von einer amerikanischen und eines von einer Schweizer Anwaltskanzlei. Zudem hat der amerikanische Botschafter mehrfach bekräftigt, dass es sich um einen Festpreis handelt.

**Was jetzt offenbar nicht der Fall sein soll.**

Die Amerikaner haben genau mitgekriegt, was bei uns abläuft. Niemand hat sich damals anders geäussert. Wir gingen davon aus, dass alles hieb- und stichfest ist.

**Weil es sich um keinen Fixpreis mehr handeln soll, gibt es jetzt die Mehrkosten.**

Mangels einer stichhaltigen Begründung seitens USA sagen sie nun einfach, es sei alles ein Missverständnis.

**Die Situation beim Kampfjet-Kauf ist verworren. Was wäre Ihr Vorgehen?**

Der Bundesrat hält weiter am Kauf fest. Er kann sich aber nicht gerichtlich durchsetzen, weil es Staatsverträge sind. Es braucht also eine diplomatische Lösung.

**Befürworten Sie einen Nachtragskredit?**

Der Bundesrat prüft verschiedene Optionen. Grundsätzlich will ich seine Abklärungen und die Resultate abwarten. Ob mit oder ohne Nachtragskredit: Wir benötigen mehr Mittel für unsere Sicherheit.

**Und wie sollen diese zusätzlichen Mittel beschafft werden?**

Zum Beispiel mit einer Sicherheitsanleihe, die ich via Motion fordere. Einen solchen Vorstoss habe ich eben im Ständerat eingereicht. Wir haben zudem nicht nur ein Problem bei der Finanzierung, sondern auch eines bei der Alimentierung. Sprich: Wir haben zu wenig Soldaten. Dazu sind diverse Botschaften in Ausarbeitung. So geht es zum Beispiel um die Einführung eines Sicherheitsdienstes, um eine Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz. Wir haben überall Handlungsbedarf.

**Momentan ebenfalls heftig diskutiert und von der SVP stark kritisiert wird der EU-Rahmenvertrag. Sie spricht von einem «Unterwerfungsvertrag». Gibt es für Sie eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf, damit das Vertragswerk beim Volk eine Chance hat?**

Eine rote Linie zu definieren, bevor wir die Vorlage im Detail kennen, finde ich sehr gefährlich. Jetzt geht das Paket in die Vernehmlassung, dann als Botschaft ins Parlament.

**Die SVP spricht von einem «Unterwerfungsvertrag», kritisiert speziell die sogenannte dynamische Rechtsübernahme. Wie stehen Sie dazu?**

Es ist heute schon so, dass wir sehr viele Gesetze von der EU übernehmen, und niemanden stört das. «Unterwerfung» passt derzeit eher zu den Reaktionen mancher Akteure gegenüber den USA nach ihrer Ankündigung, uns mit horrenden Zöllen zu belasten.

**Ein «Ja» zu den Bilateralen III hätte aber auch ein finanzielles Preischild. Man spricht von jährlich 1,35 Milliarden Franken.**

Bereits jetzt fliessen Gelder von der Schweiz als sogenannte Kohäsionszahlungen an die EU. Dass es diesen Ausgleich auch innerhalb der EU gibt, ist dasselbe Modell wie der Finanzausgleich bei uns in der Schweiz.

**Auch heftig diskutiert wird bei diesem Vertragswerk das sogenannte Ständemehr.**

Das ist für mich ein politischer Entscheid. Bei so wichtigen Staatsverträgen sollen Volk und Stände miteinbezogen werden. So wird auch den Gegnern der Bilateralen III Wind aus den Segeln genommen. Die besseren Argumente werden die notwendigen Mehrheiten finden.

**Jetzt gibt es Stimmen, gerade von den EU-Turbos, die wegen dem US-Zollhammer bereits 2027 anstatt 2028 über dieses Werk abstimmen lassen wollen.**

Wichtiger als das Tempo ist für mich eine qualitative und saubere Beratung. Politisches Kalkül kann uns auch einholen.

**Letzte Frage: Werden Sie 2027 für eine nächste Legislatur als Ständerätin kandidieren?**

Diese Frage stellt sich für mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht.